

# WOCHENRÜCKBLICK



## **AfD-Fraktion unterstützt Entpolitisierung des Bundesverfassungsgerichts**

Zu Plänen der anderen Fraktionen, das Bundesverfassungsgericht zu entpolitisieren, teilt der Parlamentarische Geschäftsführer und Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, mit:

„Die Angst der Parteien vor einer absoluten Mehrheit der AfD, die es ihr ermöglichen könnte, das Spiel, das die alten Parteien seit Jahren betreiben, zu übernehmen und eine massive Einflussnahme auf die höchste Gerichtsbarkeit auszuüben, ist offenbar enorm. Dabei sind wir es als AfD-Fraktion, die für wirkliche Gewaltenteilung stehen. Wir sind es, die hartnäckig gegen die Vermischung der Gewalten kämpfen, jeden Tag.“

Wir stehen für schnelle und transparente Verfahren, für eine Begründungspflicht bei Nichtzulassung und positionieren uns vor allem gegen jedwede politische Einflussnahme auf die Auswahl der Richter und die Arbeit des Bundesverfassungsgerichts. Es ist schade, dass sich die Altparteien auch dieses Gericht zur Beute gemacht haben. Und es ist gut, wenn sie das nun, freilich zu wenig, aber immerhin erkannt haben.“



# Aktuelle Videos



**Dienstag, 30. Januar 2024**

## **Familien-Etat mit knapp 14 Mrd Euro beschlossen – inklusive fragwürdiger Demokratieförderprojekte**

Der Bundestag hat am Dienstag den Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in zweiter Beratung gebilligt. Massive Kürzungspläne sorgten im Spätsommer 2023 für deutliche Verunsicherung, unter anderem bei den Freiwilligen-diensten. Bruno Hönel (Bündnis 90/Die Grünen) betonte, dass die Koalition zu ihren von Anfang an gesetzten Prioritäten, zur Stärkung der Kinder- und Jugendpolitik, des freiwilligen Engagements und zur Finanzierung der Demokratieförderprojekte stehe. Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) wirft der Bundesregierung vor, damit eine „grüne Ideologie“ beziehungsweise „grüne Partikularinteressen“ durchsetzen zu wollen. „Dahinter stehen abertausende bezahlte Mitarbeiter, die ‚irgendwas mit Demokratie‘ machen“, sagte sie. Sie kritisierte außerdem die Finanzierung der Jugendorganisationen der Parteien, außer jener der AfD, und betonte, es sei eigentlich genug Geld da, es werde nur an den falschen Stellen ausgegeben.

## **Verkehr - Maßnahmen zur Sanierung der Infrastruktur bleiben strittig**

Der Bundestag hat am Dienstag mit dem Votum der Koalition gegen die Stimmen von Opposition und fraktionslosen Abgeordneten den Etat des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr in zweiter Beratung gebilligt. Dirk Spaniel (AfD) sieht die Bahn momentan in einem beklagenswerten Zustand. Verantwortlich dafür sei Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP), befand der AfD-Abgeordnete. Schließlich sei die Deutsche Bahn AG im Eigentum des Bundes. Versagt habe der Minister aber auch bei der Sanierung der Autobahnen. Angekündigt habe er, die sanierungsbedürftigen 4.000 Brücken innerhalb von zehn Jahren zu erneuern. Laut einem Bericht des Bundesrechnungshofes saniere aber die Autobahn GmbH des Bundes pro Jahr lediglich 100 Brücken. Die Ampel, so die Einschätzung Spaniels, habe keinen Plan, wie sie die Infrastruktur in Deutschland sanieren will.

## **Wohnungsbaukrise dominiert Debatte um Bauhaushalt**

Ebenfalls am Dienstag hat der Bundestag in zweiter Beratung den Etat des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) gebilligt. Insgesamt sieht der Einzelplan des BMWSB Ausgaben in Höhe von 6,73 Milliarden Euro vor, 2023 waren es 7,33 Milliarden Euro.

Eine Milliarde Euro stünden in dem neuen Förderprogramm „Klimafreundlicher Neubau im Niedrigpreissegment – Wohngebäude mit kleinen bis mittleren Einheiten“ (KNN) bereit. Der Opposition ist das zu wenig. Markus Uhl (CDU/CSU) sprach von einer weiteren „Zerfledderung“ der Förderlandschaft. Die Ampelregierung habe es in den letzten zwei Jahren nicht geschafft, die Anreize für mehr bezahlbaren Wohnraum umzusetzen. „Ihr Ziel, 400.000 neue Wohnungen jährlich zu bauen, werden Sie auch dieses Jahr verfehlen“, sagte Uhl. Sebastian Münzenmaier (AfD) ging noch härter mit der Bundesregierung ins Gericht. Er forderte die komplette Rücknahme des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Damit habe sich Bauen und Wohnen „extrem verteuert“, und Bauvorhaben würden zurückgestellt.





**Mittwoch, 31. Januar 2024**

## **Generaldebatte - Höhepunkt der Haushaltswoche**

Der Höhepunkt der Haushaltswoche ist am Mittwoch die Generaldebatte zwischen Regierung und Opposition, die traditionell zum Tagesordnungspunkt des Kanzler-Etatsgeführt wird. Friedrich Merz, als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion mahnte an, dass Europas Unternehmen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig werden müssten. Voraussetzung dafür sei, dass Deutschland seine Wachstumsschwäche überwinde. Damit leitete Merz über zu Generalkritik an der Regierung: „Wir sind in allen wesentlichen Fragen vollkommen anderer Meinung als Sie, und zwar im Grundsatz“, sagte er in Richtung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Deshalb habe seine Fraktion auch keine Änderungsanträge zum Bundeshaushalt 2024 eingereicht.

Die AfD-Fraktionsvorsitzende Dr. Alice Weidel thematisierte in ihrer Rede die Recherchen der Correctiv-Redaktion über ein Treffen von Rechtsextremen und bezeichnete diese als „Spürstasi mit unglaublichen Lügen“. Sie sprach von einer „Verleumdungskampagne“. Der Ampel-Koalition warf sie vor, Energie künstlich zu verteuern und kritisierte eine „Verbotspolitik“. Sie sei das „größte Standortrisiko für Deutschland“. Für die gegenwärtige Rezession trage „allein diese unfähige Regierung die Verantwortung“. Die Regierung kaufe neue Hubschrauber und Autoflotten und gebe 800 Millionen Euro für ein „Protzkanzleramt“ aus, kritisierte Weidel. Sie forderte die Schließung der Grenzen und die Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern. „Das ist die Herrschaft des Rechts“, sagte Weidel. Ausländischen Staatsbürgern solle das Bürgergeld gestrichen werden. Weidel weiter: „Diese Regierung hasst Deutschland. Machen Sie den Weg frei für Neuwahlen.“

## **Ordnungsruf bei Debatte über den Verteidigungshaushalt**

Während der Rede von Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Verteidigungshaushalt machte Stephan Brandner einen Zwischenruf: „Sie mit Ihrer RAF-Vergangenheit! Terrorwurzeln bei den Grünen!“ Dafür erteilte die Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) dem Abgeordneten einen Ordnungsruf. Er legte dagegen Einspruch ein mit der Begründung, dass es sich um eine Tatsachenbehauptung handele.



**STEPHAN  
BRANDNER**

# Bericht aus dem Plenum

Donnerstag, 1. Februar 2024

## Aussprache zum Justizhaushalt

Der Bundestag hat am Donnerstag den Etat des Bundesministeriums der Justiz (Einzelplan 07) und den Etat des Bundesverfassungsgerichts (Einzelplan 19) in zweiter Beratung gebilligt. Für die AfD-Fraktion warf Dr. Michael Ependiller Justizminister Buschmann vor, nicht genug für den Bürokratieabbau zu tun. Von dem geplanten Bürokratieentlastungsgesetz IV würde es noch 13 weitere benötigen, nur „um ihre Ampelbürokratie wieder loszuwerden“, sagte Ependiller. „Statt unsere Wirtschaft zu retten, befasst sich der Minister lieber mit linksgrünen Ideologieprojekten und der Beerdigung unserer Meinungsfreiheit“, meinte der Abgeordnete. Ependillerforderte einen „Befreiungsschlag“, um aus dem „Dschungel von Bürokratie und Ausgaben“, in dem Deutschland ersticke, herauszukommen. Die Bundesregierung solle daher den Weg für Neuwahlen frei machen, forderte der Haushaltspolitiker.

Thomas Seitz (AfD) wandte sich an den Justizminister: „Wenn der Verfassungsschutz nicht mehr seinem Auftrag zur Sammlung und Auswertung von Informationen nachkommt, sondern gezielt die öffentliche Meinung zumindest indirekt manipuliert und die Opposition bekämpft, sind Rechtsstaat und Demokratie am Ende, vor allem wenn der Justizminister dazu schweigt, weil er die Konfrontation mit der umstrittenen Innenministerin mit Hang zum Linksextremismus, Frau Faeser, scheut. Es war Frau Faeser, die vor Kurzem die eindeutig verfassungsfeindliche Forderung erhob, Familienangehörige krimineller Clans einfach abzuschieben, also eine erweiterte Sippenhaft, weil man den falschen Nachnamen trägt, ungeachtet der Staatsangehörigkeit. Von unserer AfD-Politik werden dagegen alle profitieren, die legal in Deutschland sind, sich integrieren, arbeiten und Steuern zahlen, ganz egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.“

## Einspruch gegen Ordnungsruf abgelehnt

Mit breiter Mehrheit gegen die Stimmen der AfD hat der Bundestag am Donnerstag den Einspruch des Abgeordneten Stephan Brandner gegen den ihm erteilten Ordnungsruf zurückgewiesen. Der Abgeordnete hatte den Ordnungsruf am Vortag von der sitzungsleitenden Vizepräsidentin Kathrin Göring-Eckhardt (Bündnis 90/Die Grünen) erhalten. Brandner habe während der Sitzung eine Abgeordnete in die Nähe einer terroristischen Vereinigung gestellt. Er rief der Rednerin der Grünen, Sara Nanni, zu: „Sie mit Ihrer RAF-Vergangenheit! Terrorwurzeln bei den Grünen!“



STEPHAN  
BRANDNER

Freitag, 2. Februar 2024

## Haushalt 2024 - AfD kritisiert neue Milliardenverpflichtungen

Der Bundestag hat am Freitag den Bundeshaushalt 2024 beschlossen. Namentlich wurde das Haushaltsgesetz 2024 mit 388 Ja-Stimmen gegen 279 Nein-Stimmen verabschiedet. Darüber hinaus wurde ein Gesetzentwurf von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für ein zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz 2024 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD angenommen.

Verfassungskonforme Haushalte, so Peter Boehringer (AfD), seien nur mit „ideologiefreier Allgemeinpolitik“ zu erreichen. „Das klappt nicht, wenn man wegen der rein ideologisch motivierten und mit langer Ansage gescheiterten Energietransformation als Notreserve Gaskraftwerke für 750 Milliarden Euro bauen muss“, sagte er. Bezahlen müssten diese gigantische Summe die deutschen Stromkunden, „die sich auf drastisch steigende Rechnungen einstellen müssen“. Erst gestern habe zudem Bundeskanzler Scholz im Europäischen Rat Deutschland viele neue Milliardenverpflichtungen für die Ukraine aufgebürdet. Dies sei über ein 50 Milliarden Euro Schuldenprogramm der EU erfolgt, das im „Brüsseler Nirvana“ verbucht werde. „Vorbei am deutschen Haushalt, aber ganz sicher nicht am deutschen Steuerzahler“, sagte Boehringer. Mit AfD-Regierungen seit 2010 hätte es seiner Aussage nach keine Verschuldung für die Euro-Rettung, keine für den „Corona-Irrsinn“ und auch keine Verschuldung für den Ukrainekrieg gegeben.

Stephan Brandner in seiner Rede zum Haushalt: „Die Viererbande auf der Regierungsbank hat unseren Staat platt gemacht.“ „Ein Bundespräsident, der Millionen Menschen draußen als Ratten bezeichnet. All die, die nicht seiner Meinung sind, sind Ratten. Ich rufe ihm zu, lieber Herr Steinmeier, denken Sie darüber nach. Ratten, die ihre Bauexzesse finanzieren müssen, die finanzieren letztendlich ein Rattenloch.“ Die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas erteilte Stephan Brandner daraufhin einen Ordnungsruf, für die Bezeichnung „Rattenloch“ für ein Verfassungsorgan.

## Bundestag beschließt Gruppenstatus für Die Linke und BSW

Der Bundestag hat am Freitag die Rechtsstellung der parlamentarischen Gruppen Die Linke und BSW (kurz für: „Bündnis Sahra Wagenknecht – Für Vernunft und Gerechtigkeit“) geregelt und einen entsprechenden Gruppenstatus beschlossen. Das Plenum hat mit der Mehrheit von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD jeweils zwei dazu vorgelegte Beschlussempfehlungen des Ältestenrates angenommen.

Hintergrund der Regelung ist die Auflösung der einstigen Fraktion Die Linke im vergangenen Jahr. Nachdem mehrere Abgeordnete die Fraktion verlassen hatten und dadurch die Mindeststärke von 37 Mitgliedern nicht mehr gewahrt wurde, trat die Fraktion am 6. Dezember 2023 in einen sogenannten Liquidationsprozess ein.

Stephan Brandner sagt dazu in seiner Rede: „Wir lehnen den Extrawurstsalat für die Linken ab. Es ist wurstig gemacht, durchschaubar und undemokratisch.“ „Eine Extrawurst, ich muss das so salopp formulieren, sitzt gerade hinter mir, nämlich eine Vizepräsidentin Petra Pau, die auf Fraktionsticket gewählt worden ist und sich immer noch im Amt befindet.“

Für diese Aussage erteilte Petra Pau dem Abgeordneten einen Ordnungsruf, wegen Herabwürdigung des Präsidiums.



STEPHAN BRANDNER

# #Brandnerunterwegs in Berlin



**STEPHAN  
BRANDNER**



# #Brandnerunterwegs in Birkenwerder



STEPHAN  
BRANDNER



# #Brandnerunterwegs am Wochenende



STEPHAN  
BRANDNER

10



# Termine

**23.03.2024 19 Uhr**



Dr. Alice **Weidel**  
Dr. Maximilian **Krah**  
Tino **Chrupalla**  
Stephan **Brandner**  
Christine **Anderson**

**Harmonie Heilbronn**  
Allee 28, 74072 Heilbronn

**AfD**

**BÜRGER** FRAGEN SIE IHREN BUNDESTAGSABGEORDNETEN!  
**GESPRÄCH**



mit den Abgeordneten **5 für Thüringen**  
Stephan Brandner und Dr. Dirk Spaniel

**16. Februar | 19.00 Uhr**  
**Villa D´Aragon**  
**Thieschitzer Str. 42 | 07548 Gera**

  
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

**Neujahrsempfang der AfD-Fraktion**

Einlass: 17:00 Uhr  
Beginn: 18:00 Uhr  
Oberer Fletz, Augsburger Rathaus

**14. Februar 2024**



Dr. Rainer Rothfuß, MdB  
Raimond Scheirich, Fraktionsvorsitzender  
Stephan Brandner, MdB

Wir bitten um eine Anmeldung unten: [anmeldung@afd-stadtrat-augsburg.de](mailto:anmeldung@afd-stadtrat-augsburg.de)



**BÜRGER** FRAGEN SIE IHREN BUNDESTAGSABGEORDNETEN!  
**GESPRÄCH**



mit den Abgeordneten **5 für Thüringen**  
Jörg Schneider, Stephan Brandner und Prof. Michael Kaufmann

**8. März | 19.00 Uhr**  
**Kulturhof Kosma | Hauptstraße 16**  
**04600 Altenburg OT Kosma**

  
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

**EUROPA SCHÜTZEN  
DEUTSCHLAND LIEBEN  
HEIMAT PRÄGEN**

**14.02.**



AB 10 UHR  
DONAUCENTER  
SCHUBERT  
OSTERHOFEN

STEPHAN PROTSCHKA  
DR. MAXIMILIAN KRAH  
KATRIN ESBER-STEIMER  
STEPHAN BRANDNER  
JÖRG URBAN  
BIRGIT BESSIN  
MARTIN BÖHM





**STEPHAN BRANDNER**



# Die neue Klartext ist da!

#BRANDNERUNTERWEGS



AfD  
Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter  
im Wahlkreis 194 (Gera, Greiz, Altenburger Land)  
**KLARTEXT**  
aus dem Bundestag



## Auf in das Superwahljahr 2024

2024 wird ein besonderes Jahr. Nicht nur die in Thüringen sehntlich erwartete **Landtagswahl** (wir erinnern uns alle daran, dass Neuwahlen versprochen wurden, die bis heute nicht stattfanden), sondern auch die für die regionale Verankerung enorm wichtigen **Kommunalwahlen** und die Wahl zum **Europäischen Parlament** stehen vor der Tür. Bevor es aber Grund zum Feiern gibt und die Umfragen endlich zu realen Sitzen im Parlament werden, wird sehr viel **Arbeit** vor uns stehen, denn noch immer ist nicht jeder sicher, wieso die Alternative für Deutschland den entscheidenden **Unterschied** machen und die mit einer AfD in Verantwortung können wir die Herausforderungen unserer Zeit endlich angehen. Egal ob es der **eklatante Lehrermangel** ist, der mit immer schlechteren Ergebnissen in internationalen Vergleichsstudien einhergeht, oder die **miserable Haushaltslage**, die nicht nur dem Bund, sondern auch Ländern und Kommunen zu schaffen macht, als AfD haben wir die Lösungen, die die Bürger sich wünschen. Wir wollen ein Ende des **zwangsfinanzierten Rundfunks**, eine **Abschiebeoffensive**, die den Namen verdient, eine sichere und nicht vom Wetter abhängige, **bezahlbare Stromversorgung** und die historische Chance, Thüringen blau zu machen. Verantwortung zu übernehmen und im elften Jahr der Parteigeschichte wirklich **gestalten** zu können.

Ihr/Euer Stephan Brandner



www.stephan-brandner.de

**LOKALES**

Januar 2024 8. Jahrgang, Ausgabe 21. 01/2024

## Keine Erstaufnahme-Einrichtung

**Lesen und weitergeben!**

Januar 2024 8. Jahrgang, Ausgabe 21. 01/2024

## Auch Bundestagspräsidentin lässt sich von unserem Geld 'schön' machen!

Nach den Enthüllungen hinsichtlich der immensen Ausgaben der Mitglieder der Bundesregierung für Frisuren und Kosmetik sowie dem Skandal, dass auch die ehemalige Bundeskanzlerin, die weitestgehend von der 'Bildfläche verschwand' ist, sich noch immer die Führerwelle vom Steuerzahler finanzieren lässt, habe ich herausgefunden, dass auch Bärbel Bas als Bundestagspräsidentin Steuer gelder nutzt, um sich herrichten zu lassen. Mir ist es völlig unverständlich, wieso eine Person, die über 20.000 Euro im Monat verdient, nicht in der Lage sein sollte, die Kosten für ihr äußeres Erscheinungsbild selbst zu übernehmen, zumal das Aufhübschen auf Steuerzahlerkosten in der Vergangenheit offensichtlich gar kein Thema war.



## Keine Verschwörungstheorie: Regierung fliegt Migranten ein!

Die Bundesregierung hat seit 2017 mehr als 22.000 Migranten eingeflogen. Rund 95 Prozent von ihnen stammen aus Syrien, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf meine Kleine Anfrage hervorgeht. Während die Bundesregierung in der aktuellen Haushaltskrise nach Milliarden sucht, ist offensichtlich immer noch genug Geld für das Einfliegen von Asylbewerbern vorhanden.

Die Zahl der Asylanträge hat bereits heute einen inakzeptablen Rekordwert erreicht. Die Bundesregierung inakzeptable Verschwörungstheorien geglaubt hat, wird eines Besseren belehrt: Die knapp 92 Millionen Euro, die seit dem Jahr 2010 für diesen Zweck allein als Reisekosten und für das Aufnahmeverfahren geflossen sind - hinzu kommen ja noch die Unterhaltskosten in der darauffolgenden Zeit in Zigmillionen-Höhe -, könnte man wahrlich im Sinne der Bürger des Landes deutlich besser verwenden.



... auf Grund der zahlreichen ... die die ... bleibt ... identen ... in der ... ion ist ... Von ... Jede ... pert, ... Pau ... ner ... ht ... ts

... fahrten ... 1.517 ... fahrten ... die ... und ... die ... als ... den

**Internationales**

Januar 2024 8. Jahrgang, Ausgabe 21. 01/2024

## Kostenlos mit dem Zug nach Paris? Nur für Ukrainer!

Seit Einführung des sogenannten 'Help Ukraine'-Tickets im März 2022 wurde dieses 935.000 mal von ukrainischen Staatsangehörigen in Anspruch genommen. Es gilt für den Nah- und Fernverkehr und soll ukrainischen Flüchtlingen helfen, zu Familie und Bekannten zu reisen. Das ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf meine Frage. Welche Kosten dadurch genau entstanden sind, will es. Bekannt hingegen sind die Strecken, auf denen das Ticket am häufigsten in Anspruch genommen wurde. So reisten etwa 12.700 Personen jeweils von Berlin nach Köln und München. Weitere 10.000 fuhren von Berlin nach Köln Amsterdam (fast 7.000 Fahrten). Häufige Ziele waren zudem London und Brüssel (rund 6.000 Fahrten). Was sie dort und warum wir als Steuerzahler Ausflüge in die Stadt der Liebe für Ukrainer finanzieren? Das fragen wir uns auch. Während die Bürger in Deutschland mit immer höheren Kosten für immer unzuverlässigere Bahnfahrten konfrontiert werden und unter dem katastrophalen Zustand der Deutschen Bahn leiden, werden wohl hohe Summen verschleudert, um auf unbestimmte Zeit Ukrainer mit kostenlosen Tickets zu versorgen. Ich frage mich: Warum dürfen angebliche Kriegsflüchtlinge ohne Prüfung der Vermögensverhältnisse überhaupt kostenlos herumfahren, wenn jeder Normalbürger teure Tickets erstehen muss?



als

Januar 2024

## Fahrten nach Gera

Auch im Jahr 2024 werden die Fahrten nach Gera ein spannendes Programm bieten und auch ein wenig Freizeit für politische Institutionen, vorerst. Wenn Sie noch nicht dazu im-bundestag.de und lassen Sie Informationen versorgen. Viel Spaß!



BERLIN

## Arbeiten für ein besseres Deutschland

Die Hälfte der 20. Legislaturperiode ist bereits rum und ein Dispositum bedeutet, nachfragen und machen, aber auch Gesetzeshörten entwickeln. Bis zum 30.11.2024 habe ich 394 Initiativen eingebracht, mehr als alle anderen Abgeordneten der Deutschen Bundestages. Ein großer Augenmerk liegt dabei auf den Anfragen an die Bundesregierung (23 Mündliche Anfragen, ein großes Verdeckt, Presse aufgerufen werden (z.B. Fraktionen Minister, L. eingetragene Asylbewerber, Flugrouten der ... stellen allein reicht aber nicht. Bis zum 30.11. habe ich ... der von Abgeordneten in das Plenum eingebracht ... ich die Regierung zu einem bestimmten Verhalten ... nicht darum geht, gegen aus zu sein. Wir machen ... die Vor schläge, um Deutschland wieder vom Kopf auf ... zu stellen und können diese auch ohne hunderte ... räumlicher problem lösen.



# Abholbar zu den Öffnungszeiten in unseren Büros in Gera, Altenburg, Apolda, Gößnitz, Zeulenroda und Sömmerda!



**STEPHAN BRANDNER**

**12**



# Wir stehen an Ihrer Seite

**Wahlkreisbüro Gera**  
Rudolf-Diener-Straße 21  
07545 Gera  
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30  
Fax: 03 65 - 22 69 12 50  
E-Post: kontakt@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Di bis Do: 10-17  
Uhr**

**Wahlkreisbüro Gößnitz**  
Zwickauer Straße 11  
04639 Gößnitz  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
E-Post: goessnitz@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Do und Fr: 10-17  
Uhr**

**Wahlkreisbüro Altenburg**  
Kesselgasse 25  
04600 Altenburg  
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13  
E-Post: altenburg@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Mo und Mi: 10-17  
Uhr**







**Wahlkreisbüro Zeulenroda**  
Schleizer Straße 8  
07937 Zeulenroda-Triebes  
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02  
E-Post: zeulenroda@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Mo und Do: 10-17  
Uhr**

**Wahlkreisbüro Sömmerda**  
Weißenseer Straße 8  
99610 Sömmerda  
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888  
E-Post: soemmerda@  
brandner-im-bundestag.de  
**Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr**

**Wahlkreisbüro Apolda**  
Ritterstraße 4  
99510 Apolda  
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468  
E-Post: apolda@  
brandner-im-bundestag.de  
**Nach Vereinbarung**

## Besuchen Sie mich auch im Netz

-  [www.facebook.com/stBrandner](https://www.facebook.com/stBrandner)
-  [www.twitter.com/stbrandner](https://www.twitter.com/stbrandner)
-  [www.instagram.com/stephanbrandner](https://www.instagram.com/stephanbrandner)
-  [www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb](https://www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb)
-  [t.me/StephanBrandnerMdB](https://t.me/StephanBrandnerMdB)
-  [www.tiktok.com/@brandner\\_afd](https://www.tiktok.com/@brandner_afd)
-  <https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r>

### Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK  
Sparkasse Jena Saale-Holzland  
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75  
BIC: HELADEF1JEN  
**Verwendungszweck: Stephan Brandner**



**Sie haben Fragen  
an mich?**

Schnell über  
[www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)  
stellen und auch andere davon  
profitieren lassen!

[www.stephan-brandner.de](http://www.stephan-brandner.de)

Alternative  
in  
Brandenburg